



Aussenminister Ignazio Cassis. Foto: Marcel Bieri (Keystone)

le hinter sich

kommen mit der EU und für Streitfälle proeuropäische Koalition zu kitten.

waren ursprünglich insbesondere ein Finanzdienstleistungs- und ein Roaming-abkommen - werden dagegen zurückgestellt.

Beide Flanken abgesichert

Obwohl Cassis mit seinen Ideen nicht vollständig durchdrang, scheint seine Taktik doch in einer Hinsicht aufzugehen: Die politischen Akteure, auf die er angewiesen ist, glauben Klarheit gewonnen zu haben - und rücken augenscheinlich hinter ihm zusammen. An den Reaktionen von FDP, CVP, SP, Grünen, Grünliberalen, Economiesuisse und Arbeitgeber fällt jedenfalls auf, dass sie in den Grundzügen durchwegs positiv sind. In der Tat hat der Bundesrat mit seinem missverständlichen Bekenntnis zu den flankierenden Massnahmen wohl eine politische Tretmine entschärft: Hätte er den Lohnschutz in den Verhandlungen mit Brüssel preisgeben, wären ihm sicherlich die Gewerkschaften, vielleicht aber auch die Arbeitgeber abspenstig geworden. Mit seinem kategorischen Nein zur Unionsbürgerschaft wiederum stellt er sicher, dass ihm nicht die Unterstützung der rechten Mitte aus FDP und CVP wegbreicht.

Selbst aus Brüssel waren gestern reserviert zustimmende Töne zu vernehmen. Das ist insofern folgerichtig, als es EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker war, der im November ein Schiedsgericht als Lösung propagiert hatte. Auf Schweizer Seite waren die Reaktionen nach Junckers Besuch in Bern zunächst zurückhaltend gewesen.

Nicht ganz ohne Grund freilich: Junckers Vorschlag schaffte die «fremden Richter» nämlich nicht aus der Welt. Das Schiedsgericht erfüllt ein Stück weit auch die Funktion eines Paravents, der für die skeptische Schweizer Öffentlichkeit die Sicht auf den Europäischen Ge-

richtshof (EuGH) verstellt. Nach Meinung der EU-Kommission müsste das Schiedsgericht dem EuGH alle Streitfälle, die EU-Recht tangieren, zur Beurteilung unterbreiten.

Die Zuständigkeit der Luxemburger Richter bei der Interpretation von EU-Recht wird zwar von Schweizer Seite nicht grundsätzlich bestritten. Die entscheidende Frage ist freilich, wie «EU-Recht» definiert wird: Fällt am Ende praktisch der gesamte Inhalt der bilateralen Abkommen darunter (wie das in Brüssel so mancher sieht) oder doch bloss ein Teil davon? Darum dürfte in den Verhandlungen der nächsten Wochen schewergewichtig gerungen werden. Das Ergebnis wird für die Akzeptanz von Rahmenabkommen und Schiedsgericht in der Schweiz zweifelsohne bedeutend sein. Eine EU-Sprecherin stellte indes klar, dass die Schweiz keine Geschenke erwarten darf: Man werde sich gegen jedes «Rosinenpicken» vonseiten Berns wehren.

Nur nicht mit der SVP

Dennoch: So viel europapolitischer Schulterschluss wie jetzt war schon lange nicht mehr. Der Traum von Ignazio Cassis, er könnte Wirklichkeit werden. Nur eine Partei fand sich gestern definitiv nicht mehr als Teil dieses Traums wieder: Die Landesregierung sei offenkundig bereit, «Brüssel als neuen Gesetzgeber zu akzeptieren», klagte die SVP nach den bundesrätlichen Entschlüssen. Das Vorgehen des Bundesrates sei «grundlos überhastet», das Rahmenabkommen in Wahrheit ein «Unterwerfungsvertrag», auch mit einem Schiedsgericht. Die SVP, die Cassis massgeblich zur Wahl verholten hat, dürfte über dessen angekündigte «Reset»-Strategie die letzten Illusionen eingebüsst haben.

Hohe Hürden versperren den Weg zu strittigem Abkommen

Der Bundesrat will «rasch» ein Stromabkommen mit der EU. Doch es gibt Probleme.

Stefan Häne

Der Bundesrat ringt mit der EU nicht nur um ein institutionelles Rahmenabkommen. Parallel dazu will er die Verhandlungen in weiteren offenen Dossiers fortsetzen; dazu gehören zum Beispiel wenig umstrittene Geschäfte wie der Zugang zum liberalisierten Luftverkehrsmarkt, die Zusammenarbeit im öffentlichen Gesundheitswesen oder die Mitwirkung bei der Agentur für das europäische globale Satellitennavigationssystem.

Einem Dossier schenkt der Bundesrat besonderes Augenmerk: dem Stromabkommen, das der Schweiz Zugang zum Strombinnenmarkt der EU verschaffen soll. Diesen Vertrag will der Bundesrat «rasch» unter Dach und Fach bringen, wie Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) gestern dargelegt hat. Bereits im letzten Herbst hat Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) klargemacht, dass die Landesregierung dieses Abkommen für besonders bedeutungsvoll halte. Die Versorgungssicherheit, warnte die Energieministerin, sei langfristig nur gewährleistet, wenn die Integration der Schweiz in den europäischen Strommarkt gelinge.

Staatliche Hilfe und Öffnung

Ob der Bundesrat seinen Plan umsetzen kann, ist aber fraglich. Ein erster Knackpunkt sind die staatlichen Beihilfen. Die EU-Kommission möchte sicherstellen, dass Subventionen und staatliche Beihilfen in der Schweiz den Wettbewerb nicht verzerren. Daher will sie diesen Punkt generell im Rahmenvertrag verankern. Der Bundesrat indes befürchtet, dass sich ein solcher Passus im Rahmenvertrag nachteilig auf bereits bestehende Marktzugangsabkommen auswirken könnte. Er will die Frage daher von Fall zu Fall und bei neuen Marktzugangsabkommen regeln, so wie nun beim Strom. So oder so: Experten erwarten einen «Kulturschock» für die Schweiz, stehen doch historisch gewachsene Strukturen auf dem Prüfstand, etwa Beteiligungen der öffentlichen Hand an Stromunternehmen wie zum Beispiel der Axpo oder der BKW.

Aussenminister Cassis hat die Präferenz des Bundesrats für ein fallweises Vorgehen gestern bekräftigt. In einem nächsten Schritt sollen nun die zuständigen Departemente mit den Kantonen



Stromabkommen mit der EU: Die Branche ist gespalten. Foto: Samuel Schalch

eine Lösung für das Problem erarbeiten und dabei eine unabhängige Instanz bestimmen, die in der Schweiz über die staatlichen Beihilfen wachen wird.

Der zweite Knackpunkt ist die Frage, ob die Schweiz bereit ist, ihren Strommarkt ganz zu öffnen. Diesen Schritt formuliert die EU als Vorbedingung für den Abschluss eines Stromabkommens. Hierzulande dürfen zwar seit 2009 energieintensive Unternehmen den Stromanbieter frei wählen. Das Gewerbe und die Haushalte dagegen müssen den Strom von ihrem Elektrizitätswerk aus der Region beziehen. Eine komplette Marktöffnung ist jedoch innenpolitisch umstritten. Linke Kreise befürchten, dass die Haushalte und das Gewerbe im freien Markt vor allem billigen Dreckstrom aus dem Ausland kaufen werden, etwa aus deutschen Kohlekraftwerken. Die SVP ihrerseits befürwortet zwar die Liberalisierung, ist aber gegen eine weitere Annäherung an die EU. Damit könnte es wieder zu einer unheiligen Allianz kommen: so wie 2002, als das Stimmvolk eine vollständige Marktliberalisierung verwarf - mithilfe der Basis von der SVP und den Linksparteien.

Erschwerend hinzu kommt, dass sich die Strombranche uneinig ist. Die grossen Stromkonzerne drängen auf ein Abkommen. Aktuell seien die Nachteile

Vorbedingung für das Abkommen ist die komplette Öffnung des Strommarkts - und die ist höchst umstritten.

noch gering, sagt etwa die Berner BKW, mahnt aber: Die Einführung von «Schweiz-Klauseln» könne hiesige Unternehmen mittelfristig bei ihrem Handel beziehungsweise Engagement im Ausland behindern und im Wettbewerb mit ausländischen Anbietern benachteiligen. Negativ auswirken könnte sich laut der BKW etwa der fehlende Zugang zu den Mechanismen des sogenannten Market-Coupling, also des vereinfachten grenzüberschreitenden Stromhandels.

Anders der Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) mit seinen rund 500 (kleineren) Energieversorgungsunternehmen. Er lehnt die vollständige Öffnung derzeit ab, unter anderem, weil niemand mehr Strom aus Wasserkraft kaufen wird, da dieser vergleichsweise teuer ist, wie DSV-Präsident Peter Lehmann sagt. «Entweder müssten wir dann die Wasserkraft noch mehr subventionieren, oder wir lassen sie sterben.» Beides sei keine Lösung.

«Am Schiedsgericht wird es nicht scheitern»

Was die Schweiz dieses Jahr nicht erreiche, werde sie auch 2019 nicht erreichen, sagt der deutsche Botschafter.

Mit Norbert Riedel sprach Janine Hosp

Kaum hat der Bundesrat informiert, wie er den Marktzugang zur EU sichern will, sprachen Sie vor den Swiss Diplomats. Was sagen Sie zur Strategie des Bundesrats?

Ich begrüsse vor allem das Signal des Bundesrats, den bilateralen Weg weiterzugehen. Für Deutschland, den «grossen Kanton», haben gute Beziehungen zur Schweiz eine besondere Bedeutung.

Der Bundesrat will das institutionelle Rahmenabkommen rasch vorwärtstreiben. Wie rasch soll es Ihrer Meinung nach gehen?

2018 ist ein günstiges Jahr für Verhandlungen - 2019 steht der Brexit an, in der Schweiz und im Europarat finden Wahlen statt. Was die Schweiz dieses Jahr nicht erreicht, wird sie auch 2019 nicht erreichen.

Wo sehen Sie Schwierigkeiten auf die Schweiz zukommen?

Alles steht und fällt damit, wie die Schweiz mit der EU-Kommission verhandelt. Wir sind grundsätzlich bereit, für ein gutes Einvernehmen zu sorgen.

Deutschland würde sich für die Schweiz einsetzen?

Na ja, wir vertreten nicht die Schweiz, wir vertreten die Position der EU. Aber wir sind bereit, uns dafür einzusetzen, dass unser Nachbar und enger Partner gehört wird.

Viele deutsche Firmen führen Aufträge in der Schweiz aus. Der Bundesrat will an den flankierenden Massnahmen festhalten. Das kann nicht im Interesse Deutschlands sein.

Natürlich hat es darunter Regelungen, die gar nicht in unserem Sinne sind, etwa die 8-Tage-Voranmeldung. Inwiefern die flankierenden Massnahmen

Gegenstand der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU sein werden, hängt von den beiden Verhandlungspartnern ab.

Die Schweiz befürchtet, dass der Brexit ihr vor allem Nachteile bringt. Sehen Sie das auch so?

Dazu kann ich mich nicht äussern. Ich kann nur darauf hinweisen, dass der Brexit für uns eine enorme Herausforderung ist.

Was sagen Sie zum Entscheid der EU, die Börsenäquivalenz nur befristet anzuerkennen?

Ich war nicht glücklich damit. Ich habe in Berlin zu erklären versucht: Wenn man die Börsenäquivalenz mit der Bereitschaft zu Verhandlungen verknüpft, dann kommt das bei der Bevölkerung schlecht an. Und am Ende entscheidet in der Schweiz die Bevölkerung.

Höchst umstritten ist, wer in einem Streitfall entscheiden soll. Der Bundesrat setzt auf ein Schiedsgericht statt auf einen gemischten Ausschuss. Wird die EU der Schweiz hier entgegenkommen? Ich sage: Daran wird es nicht scheitern. Die EU und die Schweiz werden hier eine Lösung finden, die für beide Seiten zufriedenstellend ist.



Norbert Riedel
Seit vergangenem Oktober ist er deutscher Botschafter in der Schweiz.